

**Rundbrief des Justizministers GUIDO WOLF
an alle Bediensteten des Justizvollzugs in Baden-Württemberg**

Stuttgart, im Oktober 2017

**Doppelhaushalt 2018/2019:
150 neue Stellen für den baden-württembergischen Justizvollzug**

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs,
liebe Kolleginnen und Kollegen,



die vorliegenden Eckdaten des Doppelhaushalts 2018/2019 lassen über 400 neue Stellen für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa erwarten - 150 dieser neuen Stellen werden dabei dem Justizvollzug zugutekommen. Es freut mich, dass wir die in diesem Jahr begonnene Stärkung des Justizvollzugs und der Justiz insgesamt damit auch in den kommenden beiden Jahren fortsetzen werden.

Die stetige Verbesserung der Personalsituation ist mir seit meinem Amtsantritt ein zentrales Anliegen. Erste spürbare Erfolge konnten wir 2017 bereits erzielen - jetzt geht es darum, Sie sowie Ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort konkret zu entlasten, Sie der Unterstützung des Landes zu versichern und Ihr großes Engagement im Alltag anzuerkennen.

Gerade im Bereich des Justizvollzugs kommt es dabei auch auf ein „Plus an Sicherheit“ an. Mit den neuen Kolleginnen und Kollegen reagieren wir deshalb auf die gestiegenen Gefangenzahlen ebenso wie auf die zunehmenden Herausforderungen aufgrund der steigenden sprachlichen wie kulturellen Heterogenität in den Justizvollzugsanstalten. Hinzukommen zusätzliche Sachmittel um die Ausstattung vor Ort zu verbessern und beispielhafte Projekte wie das Videodolmetschen auszubauen.

Angesichts des unverändert größer werdenden Haftplatzbedarfs und dem damit gleichzeitig einhergehenden Personalbedarf wird die Landesregierung jedoch auch in den kommenden Jahren weiter in den Justizvollzug und damit in die Sicherheit Baden-Württembergs investieren müssen. Für diesen Kurs bitte ich auch in Zukunft um Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns gemeinsam die Bedeutung einer gut ausgestatteten und effizienten Justiz betonen und um die notwendigen Mittel werben. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und den regen Gedankenaustausch in den zurückliegenden Monaten möchte ich mich an dieser Stelle zudem ausdrücklich bedanken. Zusammen werden wir die Justiz in Baden-Württemberg weiter stärken.

Herzliche Grüße!
Ihr Guido Wolf MdL
(Foto: StN)

Anmerkung zum Haushalt 14.12.2017 09:41

**E-Mail von Alexander Schmid, BSBD Landesvorsitzender
an Robin Schray, Pressesprecher des Justizministeriums Baden- Württemberg**

Lieber Herr Schray,

heute wird Herr Minister Wolf mit den Worten zitiert:

„Wir betreiben kein Stellenmehrungsprogramm.

Stattdessen geht es in der baden-württembergischen Justiz zunächst darum, die Defizite aufzuholen, die hier über Jahre aufgelaufen sind.“

Diese Aussage kann ich nur voll und ganz unterschreiben – da hat er vollkommen Recht.

Er versucht, den Reformstau der vergangenen Jahre und – gefühlt aus Jahrzehnten – aufzulösen. Das Wort „Stellenvermehrung“ würde die Assoziation mit einer zusätzlichen Segnung wecken, die es ja gerade nicht ist.

Ich bin dankbar für diese feine Differenzierung durch unseren Chef.

Gruß vom See,

Alexander Schmid

BSBD Anmerkungen zur Verteilung der Gewichte

aus: Stuttgarter Zeitung - vom 14.12.2017

Zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz

Landtag

Bei den Haushalteberatungen für 2018 und 2019 geht es um insgesamt rund 100 Milliarden Euro. Von Maria Wetzel

Bis zum Freitag beraten die Landtagsabgeordneten über den Doppelhaushalt 2018/19. Für jedes Ministerium hat Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) einen Einzelplan vorgelegt. Am Mittwoch wurden die Entwürfe für das Staats-, das Innen- das Justiz- und das Wirtschaftsministerium diskutiert. Die Meinungen darüber, welche Ausgaben sinnvoll sind, gehen teils weit auseinander.

Inneres, Digitalisierung, Migration

Nach dem Kultus- und dem Wissenschaftsministerium hat das Innenministerium von Thomas Strobl (CDU) mit einem Etat von rund 3,69 Milliarden Euro 2018 und 3,67 Milliarden 2019 den drittgrößten Haushalt. Besonders zu Buche schlagen die neuen Jobs für die Polizei – bis 2021 sollen 1500 zusätzliche Polizeistellen geschaffen werden. Dazu werden in den nächsten beiden Jahren jeweils 1800 Anwärter eingestellt, das sind 400 mehr als in diesem Jahr. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Digitalisierung. Gefördert werden über 500 Projekte in mehreren Bereichen – die Maßnahmen reichen vom Breitbandausbau, damit in allen Landesteilen schnelles Internet möglich ist, über die Modernisierung der Verwaltung bis zur Verkehrssteuerung.

Justiz und Europa

Im Bereich des Justizministeriums mit Minister Guido Wolf (CDU) sind 421 neue Stellen vorgesehen, 91 von ihnen für Richter und Staatsanwälte. Von den Richtern sollen 24 zunächst für Asylverfahren in den Verwaltungsgerichten arbeiten, später sollen sie in den Zivil- und Strafgerichten oder in den Staatsanwaltschaften eingesetzt werden. 151 Neustellen entfallen auf den Justizvollzug, weil die Zahl der Häftlinge in den vergangenen Jahren gestiegen ist.

Der Haushalt (für die Justiz) umfasst rund 1,78 Milliarden Euro im nächsten Jahr, 2019 werden es voraussichtlich 1,77 Milliarden sein.

aus: Schwäbische Zeitung - vom 04.01.2018

151 neue Stellen für die Gefängnisse im Land

**Justizministerium erklärt, welche Haftanstalt wie viele neue Bedienstete bekommt.
Von Kara Ballarin**

Baden-Württemberg bekommt mehr Justizvollzugsbedienstete. 151 neue Stellen werden in den kommenden zwei Jahren geschaffen – 130 in den Gefängnissen sowie 21 zusätzliche Ausbildungsplätze. Jetzt ist auch klar, welche Anstalt wie viele bekommt. Um diese besetzen zu können, mahnt der Bund der Strafvollzugsbediensteten bessere Rahmenbedingungen an.

Die Belastung für die rund 2400 Gefängnismitarbeiter im Land ist groß – darauf weist Justizminister Guido Wolf (CDU) seit Amtsantritt hin. „Die Lage im Justizvollzug ist angespannt“, sagt Wolf. „Gestiegene Gefangenenanzahlen, Sprachbarrieren, zunehmend psychisch auffällige und aggressive Gefangene – alles das stellt unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor große Herausforderungen.“

Neue Stellen in den Haftanstalten Baden-Württembergs

Entlastung sollen weitere Stellen bringen. Wolf hat für den Doppelhaushalt 2018/2019 insgesamt 200 angemeldet und 151 bekommen. Diese werden nicht nach dem Gießkannenprinzip über die Haftanstalten im Land verteilt, wie ein Ministeriumssprecher sagt, sondern nach Bedarf. Der Plan sieht etwa für die Haftanstalt in Ravensburg vier weitere Stellen vor, für Ulm und Rottweil je eine Stelle und eine halbe für das Konstanzer Gefängnis. Der mit 13 Stellen größte Posten entfällt 2018 auf die Anstalt in Stuttgart-Stammheim. Hier kann die Zahl der neuen Stellen dann 2019 bis zu 50 weitere erreichen – je nachdem, wie stark Alt- und Neubau hier parallel genutzt werden. Alexander Schmid, Landeschef des Bunds der Strafvollzugsbediensteten, nennt die Aufstockung „einen guten Schritt“. „Wenn dann nochmal so viele Stellen bis zum Ende der Legislaturperiode aufgebaut werden, wären die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte im Strafvollzug kompensiert“, sagt Schmid. Noch belegt Baden-Württemberg bei der Personalzahl im Strafvollzug unter den Flächenländern den zweitletzten Platz – und das, obwohl 2017 bereits 67 neue Stellen geschaffen wurden.

Fokus auf die Qualität der Bewerber legen

Schmid plädiert nun dafür, nicht nur die Stellenzahl zu erhöhen, sondern auch den Fokus auf die Qualität der Bewerber zu legen. Bereits 2017 klagte er über einen Bewerbermangel – wie auch die justizpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen. Jürgen Filius (Grüne) hofft, dass sich das nun ändert. „Wir haben erkannt, dass der öffentliche Dienst mehr Attraktivität benötigt“, sagt er. Deshalb habe Grün-Schwarz zum Jahreswechsel die Eingangsbesoldung auf die normale Höhe zurückgeschraubt.

Zuvor war diese um acht Prozent abgesenkt.

Schmid fordert darüber hinaus Beförderungsmodelle. Er wünscht sich zudem Zulagen, wie sie etwa Bayern zahlt, wenn Bedienstete in teuren Ballungszentren wohnen. Und auch Zeichen der Wertschätzung: Dass der Staat etwa einspringt, wenn Bedienstete bei der Arbeit verletzt werden und sie ihre Schmerzensgeldansprüche nicht vom Täter erstattet bekommen. Solche Modelle gebe es etwa in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Seine Forderungen finden Gehör. „Das Justizministerium steht diesen Forderungen offen gegenüber und wird diese in künftige Gespräche mit dem Finanzministerium aufnehmen“, erklärt ein Sprecher.

(Eine Karte mit den Zahlen für das Land finden Sie im Internet unter www.schwäbische.de/jva-stellen.)